



FRAGE

Hat die Euro-Zone als Ganzes inzwischen die Folgen der Finanzkrise des Jahres 2008 überwunden? - Ihr Kommentar zur wirtschaftlichen Entwicklung in Europa:

Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Europa leidet immer noch unter den Folgen der Finanzkrise. Diese Krise hat vor allem auch die Schwächen in der Konstruktion der Eurozone offengelegt und so die nachfolgende Eurokrise ausgelöst. Sicherlich sorgen die letzten Wahlausgänge für eine gewisse Erleichterung und erhöhen die Hoffnung, dass die Eurozone ihre Probleme lösen kann. Gelöst sind sie aber ganz sicher noch nicht. Dafür wird sich auch Deutschland ein Stück weit bewegen müssen.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Strukturprobleme der Eurozone sind leider noch immer nicht grundsätzlich gelöst. Andererseits hilft die gute Konjunktur bei der Abfederung der Probleme.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors - Cortal Consors:

Damit die Finanzkrise in der Eurozone als überwunden gelten kann bedarf es Strukturreformen in Frankreich und Italien, der Bankenrekapitalisierung in Italien und Reformen der fiskalischen Zusammenarbeit in der Eurozone.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Aus Frankreich kommen jetzt hoffnungsvolle Signale, dass endlich unerlässliche Strukturreformen angepackt werden. Als Problemländer müssen weiterhin Griechenland (geringe Reformbereitschaft) und Italien (angeschlagene Banken) gelten. Den Brexit dürfte die EU ohne nennenswerte Blessuren verkraften können.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Die Eurozone wird nur überleben, wenn in den nächsten 5-10 Jahren zentrale Länder wie Frankreich oder Italien zurück auf einen normalen Wachstumspfad kommen, und dort wieder hohe Beschäftigung und wachsender Wohlstand entsteht. Die Lohnstückkostendifferentiale von diesen beiden Ländern zu Deutschland sind nach wie vor erheblich. Dies ist nicht allein die Agenda 2010, wie man in Deutschland immer gern reklamiert. Ein wesentlicher Teil der Lohnstückkosten Differentialen geht auf die relativ entkoppelten Lohn- und Preisentwicklungen in den Euroländern zurück. Die nicht existierende Arbeitsmarktintegration lässt relativ unabhängige Nominallohnbildungsprozesse in den Mitgliedsländern zu. Typischerweise sind die Lohnsteigerungen in den vergangenen 15 Jahren in Italien und Frankreich höher gewesen als die deutschen Tarifabschlüsse. Dieses überträgt sich auf die Preise und akkumuliert über die Jahre zu stärker werdenden Preis- und Wettbewerbsdifferentialen. Wer sich erinnert, weiß dass dies auch im „Festkurssystem“ des EWS (Europäischen Währungssystem) in den 80er Jahren bereits so war, allerdings wesentlich ausgeprägter. Der Ablauf im EWS war wie folgt: Deutschland hat bei festen Wechselkursen stets zunächst über stabilere Preise real abgewertet. Erst mit darauf erfolgenden diskretionären nominalen Wechselkursaufwertung wurde jeweils der reale Wechselkurs wieder auf das gewünschte Niveau zurückgebracht. Im EWS hatten wir also politisch anpassbare Wechselkurse. Und von diesen Wechselkursrealignments



musste denn auch kräftig Gebrauch gemacht werden. Die Anpassungskosten dieser Maßnahmen waren damals relativ gering. Auch in der Europäischen Währungsunion gibt es implizite reale Wechselkurse und auch hier hat der gleiche Mechanismus wie im EWS Deutschland über traditionell niedrigere (als z.B. Frankreich oder Italien) Lohn- und Preissteigerungen für Deutschland reale Abwertungen beschert. Daher der Deutsche Boom. In den 30er Jahren nannte man bewusste reale Abwertungspolitiken „beggar your neighbor“-Politik. Heute macht das zwar keine Regierung gewollt, der Effekt bleibt aber der gleiche. Wenn dieser Mechanismus nicht weiter Europa spalten soll, braucht die Währungsunion einen nominalen flexiblen Anker, wie es der nominale Wechselkurs im EWS war. Der wirkte schnell und hatte kaum Anpassungskosten. Durch das Fehlen solcher Anpassungsinstrumente in der Währungsunion geschehen die Anpassungen heute über die realen Marktbedingungen und sind daher sehr kostspielig, wie derzeit in Griechenland, Italien oder Frankreich zu sehen ist. Was könnte ein solches nominales Anpassungsinstrument sein? Ein relativer Nominallohnanker! Die in der Währungsunion fehlende Arbeitsmarktintegration könnte durch ein „forward guidance“ der relativen Nominallöhne erfolgen. Ohne in die Tarifautonomie einzugreifen, könnten z.B. die Euroländer Mindestlöhne einführen und deren relative Entwicklung so steuern, dass sie an den relativen Produktivitätssteigerungen orientierte ist. Damit gibt es einen nominalen Anker, ein Signal, das die Richtung der tariflichen Lohnbewegungen koordiniert. Eine extreme Spreizung der Lohnstückkosten würde verhindert, und den sonst resultierenden Anpassungstagnationen vorgebeugt.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Dike durch die Krise entstandene Wachstumslücke ist noch nicht geschlossen

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Frankreich ist wie Griechenland im Sozialbereich kaum reformfähig und verlangt mehr Geschenke von Deutschland. Der Protektionismus steigt weiter (China, USA usw.) ebenso wie der intern. Wettbewerb (insbes. Steuerwettbewerb USA, UK - auch in EU: Irland, Holland usw.).

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Der Wahlsieg Macrons hat kurzfristig Turbulenzen vermieden. Strukturell ist damit allerdings noch kein Problem gelöst.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Staatsverschuldung ist nach wie vor zu hoch, weitere Reform der EU/EWU zur Vermeidung künftiger Krisen steht noch aus

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Europa ist der stabile Anker der Weltwirtschaft und sollte sich durch aktive Entwicklungshilfen für afrikanische, südamerikanische und südostasiatische Schwellen- und Entwicklungsländer seine langfristig hilfreichen Handelspartner sichern.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Verschuldungsrisiken von Banken und Regierungen werden nach wie vor durch die extreme Niedrigzinspolitik der EZB verschleiert und damit verschleppt.



Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Die konjunkturelle Erholung ist erfreulich. Sie vermag allerdings nicht die nach wie vor bestehenden großen Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit und der Bankeninstabilität zwischen den Euroländern zu verringern. Insbesondere die hohe Staatsverschuldung in einzelnen Euroländern wird sich bei konjunkturell steigendem Zins und Eurokurs als ein großes Stabilitätsrisiko erweisen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Welche Krise?

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Zentralisierungstendenzen in der Europäischen Union von einigen Ländern könnten dazu führen, dass sich andere Länder stärker von der EU distanzieren wollen.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Politische Risiken - Frankreich (Parlamentswahl) und Italien - bleiben bestehen.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die nächste Bewährungsprobe droht in Italien. Europa hat das fundamentale Problem, kein Konzept für den Umgang mit Regierungen zu haben, die wirtschaftspolitisch Amok laufen wollen. Das macht Europa erpressbar und ist für immer mehr Wähler ein rationaler Anreiz, populistische Parteien zu wählen. Die Hoffnung ist, über eine populistische Regierung und ihre Exit-Drohungen Transfers aus Deutschland zu erzwingen.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Hein, die unhaltbare Stand der Staatsverschuldung in der EU bleibt bestehen

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es fehlen immer noch Strukturreformen, die Staatsverschuldung ist zu hoch

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die Geldpolitik birgt weiterhin große Risiken. Je länger die EZB mit der Zinswende wartet, desto stärker wird der politische Druck, den Zins niedrig zu belassen.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Euro-Raum hat mit Folgen der Finanzkrise und der Europäischen Staatsschuldenkrise zu kämpfen. Die Folgen sind vor allem im Finanzsektor (relativ hoher Bestand an Non-Performing loans) und am Arbeitsmarkt noch nicht überwunden.



Prof. Dr. Bruno Schöfeld Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

In Frankreich und Spanien gibt es eine leichte Aufwärtsentwicklung, aber in den meisten anderen Ländern der Eurozone sieht es weiterhin trübe aus.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Finanzsektor ist weiter fragil und Wachstum in manchen Staaten der Peripherie noch zu langsam.

FRAGE

Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen der Geldpolitik der EZB und der Immobilienpreisentwicklung in Deutschland in Hinblick auf die Finanzstabilität?

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Wenn die Geldpolitik extrem niedriger Zinsen noch lange fortgeführt wird, werden Immobilien zunehmend zu attraktiven, weil renditeträchtigeren Anlagen für Finanzinvestoren (wie auch andere Vermögenswerte).

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Einen direkten Zusammenhang, sowohl über die Opportunitätskosten, als auch über die nominale Vermögensillusion der Aktien und Immobilienpreise

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

Niedrigzinsen fördern die Immobiliennachfrage. Dies führt zu steigenden Immobilienpreisen. Da ich die Kreditvergabe zur Immobilienfinanzierung in Deutschland als vergleichsweise solide einschätze, ist nicht mit einem systematisch erhöhten Kreditausfallrisiko zu rechnen. Ich sehe daher die Finanzstabilität nicht gefährdet.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Sparer weichen wegen Nullzins auf Immobilien aus

Prof. Dr. Matthias Wrede Lehrstuhl für Sozialpolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

positiver Zusammenhang

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Niedrigstzinsen reduzieren Anlagealternativen und fördern Herdenverhalten. Eher Sorgen bereiten weniger Immobilien und Aktien, sondern dank der Niedrigstzinsen die Staaten (steigende Verschuldung und persistierende Reformunfähigkeit) und die Banken (zu hohe Gehälter, Boni zwingen in unehrenhafte Verhaltensweisen).



Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Geringe Zinsen treiben Preise von Vermögenswerten wie Immobilien oder Aktien

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Enger Z. über die starke Ausweitung der ZB-Geldmenge

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Risiko einer Preis- und Kreditblase steigt infolge der anhaltenden Niedrigzinspolitik stetig an

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Immobilien werden derzeit zunehmend als Diversifikationsmedium für den Vermögensaufbau gesehen. Allerdings sind die Preise hierdurch derzeit deutlich überhöht, was angesichts der unzulänglichen Bausubstanz vieler Bestandsimmobilien (schlechte Verarbeitung, Modernisierungsrückstau, nicht altengerecht usw.) und der demographischen Entwicklung langfristig das Risiko des deutlichen Wertverlustes beinhaltet.

Prof. Dr. Rolf Walter Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die hohe Liquidität im Markt nährt auch Immobilienpreise

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Dauerhaft niedrige bzw. sogar negative Zinsen treiben die Anleger in Immobilieninvestments und erhöhen damit deren Preise. Sobald die Zinsentwicklung sich umkehrt, könnte eine solche Blase sehr schnell platzen.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Einen stabilitätswidrigen sehr engen Zusammenhang!

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Genau dieselbe wie für Aktien

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die Niedrigzinsen erleichtern die Finanzierbarkeit, allerdings sind die eingesparten Zinskosten schon weitgehend in den angebotenen Immobilien eingepreist. Bei einer Zinserhöhung dürfte es mittelfristig (nach Ablauf der jeweiligen Zinsbindungsfristen) verbreiteter zu Schwierigkeiten kommen, die Zins- und Tilgungsleistungen für Immobilien, die auf Kreditbasis gekauft wurden, weiterhin zu erbringen.



Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Die hohen Immobilienpreise werden nicht nur durch die Geldpolitik der EZB und damit durch die Nachfrageseite getrieben. Die Angebotsseite ist zu sehr reguliert: Mehr Bauland könnte zur Verfügung gestellt werden und gleichzeitig könnte höher gebaut werden. Zumindest sollte die Angebotsseite genauer betrachtet werden.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Niedrigzinspolitik zeigt immer deutlicher ihre langfristigen Nachteile.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Hier besteht ein starker Zusammenhang. Minimale Hypothekenzinsen in Folge der EZB-Anleihekäufe hebeln die Barwerte von Mieten in die Höhe. Das treibt die Preise.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Die Geldpolitik ist eine der Hauptursachen für die steigenden Immobilienpreise

Dr. Manfred Schwenen Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Ich verstehe die Frage nicht....!

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Zum Niedrigzins werden vorwiegend langfristige Kredite vergeben, was das Zinsänderungsrisiko im Finanzsektor tendenziell erhöht.

Prof. Dr. Bruno Schöfeld Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Erhebliche Gefahren für die Finanzstabilität gehen von der deutschen Immobilienpreisentwicklung zumindest vorläufig noch nicht aus.

FRAGE

CDU und Grüne in Hessen haben als Alternative zur Riester-Rente ihre Pläne für ein kapitalmarktgedecktes Altersvorsorgeprodukt konkretisiert. Der „Deutschlandfonds“ soll als konzernunabhängiger Treuhandfonds ohne Staatszugriff aufgelegt werden. Kernelement ist es, gesetzliche Garantievorgaben zu lockern, um verstärkt Aktieninvestments zu ermöglichen und von höheren Renditen zu profitieren. Halten Sie einen solchen Deutschland-Fonds grundsätzlich für einen sinnvollen Ansatz bzw. sinnvolle Alternative zu Riester-Verträgen?



Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Wer über einen langen Zeitraum Geld anlagen will, kommt an Aktien nicht vorbei. Eigentlich eine Binsenweisheit. Wenn Lebensversicherer wegen der Regulierung eine Aktienquote von unter 5% haben, dann ist das ein Zeichen dafür, dass die Regulierung falsch ist.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Für langfristige Investments sind Aktienanlagen sinnvoll. Das Risiko ist vor allem kurz- bzw. mittelfristig. Entscheidend ist die möglichst weltweite Diversifizierung der Anlage.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors - Cortal Consors:

Für Arbeitnehmer, die mehr als 15 Jahre bis zum Rentenbeginn haben, sind Aktien ein sehr sinnvolles Instrument zur Altersvorsorge. Ein staatlicher Fonds wäre ein Fortschritt gegenüber der Riesterrente. Sinnvoller wäre es, wenn die Anleger selbst bestimmen könnten, wer ihr Geld verwaltet. Als Vorbild könnten die steuerlich begünstigten Altersvorsorgepläne (z.B. IRA) in den USA dienen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die aktienbasierte Altersvorsorge verspricht eine höhere Rendite als die implizite Rendite in der umlagefinanzierten Rentenversicherung. Außerdem verringert sie das Risiko steigender Beitragssätze und damit erhöhter Arbeitskosten in den Unternehmen. Aber: Sie befreit wahrscheinlich nicht von der Notwendigkeit, das gesetzliche Renteneintrittsalter ab 2030 über die 67 Jahre weiter zu erhöhen, um das Sicherungsniveau auf das bis dahin abgesenkte Niveau zu halten.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

es kommt auf die Aktienquote an. Auf lange Sicht dominieren Aktienrenditen

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Bei "Millionären" stimmt die erste Aussage, bei den Einkommen in der unteren Hälfte stimmt eher die untere.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Bei der Altersvorsorge handelt es sich um eine langfristige Anlage. Daher kommen Aktien durchaus in Frage.

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

...neben anderen Anlagen



Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine Altersvorsorge ist ein langfristiger Vermögensaufbau. Risiken sind bei einer Aktienanlage stets vorhanden, aber höchstens mittelfristiger Natur. Bei einer Ansparphase von mindestens 10 Jahren ist die aktienbasierte Altersvorsorge sinnvoll. Der Sparer profitiert dann vom stetigen Wachstum der Weltwirtschaft.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Risiken legen vor allem im unzulänglichen Management solcher Fonds.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Aktien schlagen langfristig alle anderen Anlageformen hinsichtlich der Rendite. Allerdings sollte das Portfolio gestreut sein und der Anlagehorizont lang-, mindestens aber mittelfristig. Zudem sind reine Indexfonds gegenüber gemanagten Fonds zu bevorzugen, denn letztere kosten hohe Gebühren, ohne letztlich wirklich besser abzuschneiden.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Nie alle Eier in einen Korb aber alle Körbe brauche Eier!

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Der Sichtweise, Staatsanleihen oder Bankguthaben seien sicherer als Aktien, haben die Krisenjahre die Grundlage entzogen. Staaten können und werden immer wieder zahlungsunfähig werden. Und Bankenpleiten mit Verlusten der Einleger sind ein Szenario, auf das sich jeder langfristige Investor einstellen muss.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

eine Abstufung nach Risikoklassen ist sinnvoll und dann sollten nur die unteren Risikoklassen zugelassen werden.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Bei langjährigen Sparvorgängen sinkt das Risiko von Aktienanlagen deutlich. Wenn der "Deutschlandfonds" allerdings von Staatsseite "überreguliert" wird, werden die Überrenditen wieder eliminiert. Etwas Risiko bei der Anlage muss sein, um auch in den Genuss der Chancen zu gelangen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Bei einer sehr langfristigen Anlage ist ein gut diversifiziertes Aktienportfolio nicht riskanter als die meisten Rentenwerte.



FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

leicht positiv

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Leicht verbessert

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

nicht wesentlich

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

nein

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

etwas verbessert

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

nein

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die zu erwartenden Wiederwahl der Kanzlerin läßt steigende Ausgaben für die (EU-) Koordination und gleichbleibend zu hohe Steuer-/Abgabenbelastung erwarten. der Bürger. der/ rdition und Retung sinken die Hoffnung auf spürbare Steuersenkungen und steigen die Kosten der pterwar

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Nein

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Nein

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

nein



Prof. Dr. Rolf Walter Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

nein

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

leicht verbessert

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

nein

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Nein

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

nein

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

nein

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

ein

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

nein

Dr. Jochen Intelmann Chefvolkswirt, Hamburger Sparkasse Private Banking/Analyse:

nein

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Verbessert.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

sie ist erstaunlich konstant



Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

es läuft immer besser

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

nein

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Akutelle Lage wird etwas besser eingeschätzt.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

nein

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Frankreichwahlen!

Prof. Dr. Uwe Walz Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Industrieökonomie, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt:

ja zum Positiven